

Solidarität und Vertrauen tragen Früchte

Autor(en): Heidi Rudolf
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1998

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/c038971e-170e-4881-a652-6983e2b0340e>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

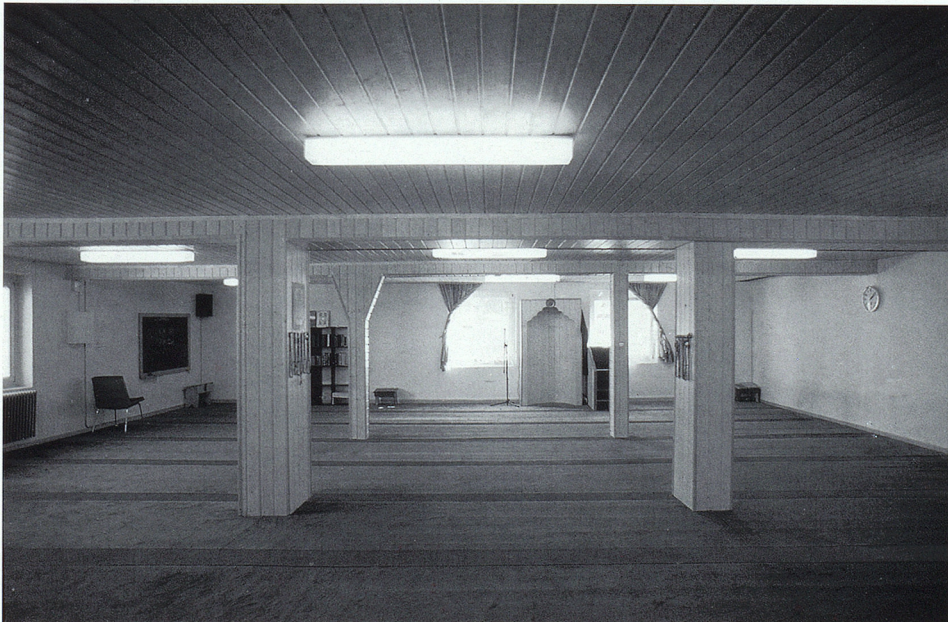
Solidarität und Vertrauen tragen Früchte

Heidi Rudolf

Die «Islamische König Faysal-Stiftung»,
ihre Rettung und ihre Zukunft

Im März 1998 war die Basler Moschee im Amtsblatt
zur Versteigerung ausgeschrieben.
VertreterInnen der christlichen und jüdischen Gemeinschaften war klar:
Die Kulturstadt Basel müsste die Versteigerung verhindern.

Blick in den ein-
fachen, aber «mit
Gebeten erfüll-
ten» Gebetsraum,
das Zentrum der
Moschee.



Die 1985 von türkischen Muslimen an der Friedensgasse 18 in Basel ins Leben gerufene Moschee war 1989 samt Hypotheken unter dem Namen «Islamische König Faysal-Stiftung» von einer saudi-arabischen Stiftung übernommen worden, die jedoch über längere Zeit die Hypothekarzinsen nicht mehr bezahlte. Die Moschee-Besucher ihrerseits waren finanziell nicht in der Lage, neben den hohen Unterhalts- und Betriebskosten auch noch für die Hypothekarzinsen aufzukommen.

Die Androhung der Versteigerung versetzte den Gläubigen einen Schock. Ein Mitglied der Gemeinschaft, der Nationalökonom Samir E. Shafy, nahm daraufhin nicht nur mit mir Kontakt auf, er suchte sofort auch das Gespräch mit der Gläubigerin (Crédit Suisse), mit Behörden und Vertretern der Stiftung. Zusammen mit einer Gruppe von Muslimen in Basel bemühte er sich, durch verschiedene konkrete Schritte die amtliche Versteigerung zu verhindern. Trotz beschränkter finanzieller Mittel trat die Gruppe als mögliche neue Trägerin auf und unterbrei-

tete dem Vertreter der Crédit Suisse, Daniel Tomex, ein Kaufangebot in der Höhe des vom offiziellen Schätzungsbeamten festgelegten Wertes. Mitglieder dieser Gruppe waren: Dr. Ali El-Sahy, Apotheker (Ägypter), Khalid El-Assal (Palästinenser) und andere, nicht genannt sein wollende Muslime. Es gelang ihnen, rechtzeitig vor der amtlichen Versteigerung mit Hilfe von Sponsoren in der Schweiz den Kaufbetrag zu sichern. Der Kauf selbst aber sollte im Einvernehmen mit der aktuellen Trägerschaft (der Stiftung) getätigt werden. Beratung und Unterstützung erhielt die Moschee in dieser nicht leichten Übergangszeit durch Cheik Youssuf Ibram, Imam in der «Stiftung Islamische Glaubensgemeinschaft» in Zürich, und Hassan Abo Youssef, Vorstandsmitglied der IRAS (Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz). Regierungsrat Ueli Vischer und andere Persönlichkeiten standen der Gruppe bezüglich der Modalitäten eines möglichen Eigentumstransfers ebenfalls mit Rat und Tat bei.

Ein breites öffentliches Interesse

Die Veröffentlichung im Amtsblatt hatte auch Regierungsmitglieder und VertreterInnen der christlichen und jüdischen Gemeinschaften auf den Plan gerufen. Ihnen allen war klar: Die Kulturstadt Basel mit ihrem Erbe an Aufgeschlossenheit und Toleranz musste die Versteigerung der «Friedensgasse-Moschee» verhindern. Im Bewusstsein der gemeinsamen Wurzeln aller Religionen und der in der Verfassung verbrieften Freiheit aller Menschen, ihre Religion zu leben, waren sie davon überzeugt, dass die grösste muslimische Gemeinschaft in der Regio (rund 600 regelmässige und 3000 sporadische Besucher) ihr Zentrum und ihre Moschee behalten sollte.

Das islamische Zentrum an der Friedensgasse ist mehr als «nur» ein Ort des Gebetes. Seit seiner Gründung bietet es Raum für ein reges kulturelles und soziales Gemeindeleben. Dieser psychosoziale und gesellschaftspolitische Aspekt ist äusserst wichtig, denn die Gemeindemitglieder stammen aus rund fünfundzwanzig verschiedenen islamischen Staaten. Ihr sozialer und kultureller

Hintergrund ist somit sehr unterschiedlich. Die interkulturelle Moschee ist in den vergangenen Jahren auch zu einem wichtigen Gesprächspartner für die andern Religionsgemeinschaften und die Behörden geworden. Das solidarische Handeln war dringend notwendig, um immer wieder auftauchenden Tendenzen zur Abgrenzung und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Solidarität konkret

Als Geschäftsführerin der Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, deren Mitglied die «Islamische König Faysal-Stiftung» ist, wollte ich versuchen, die in den vergangenen Jahren vertieften interreligiösen Kontakte fruchtbar zu machen für die Muslime in der Stadt. Die breite solidarische Unterstützung, die sich schon nach wenigen Tagen zeigte, berührte mich zutiefst und erfreute mich. So kam bald ein Solidaritätskomitee von 30 Unterzeichnenden zustande. Darunter waren: alle vier Dekane der Römisch-katholischen Kirche; die Zentralleiterin des St. Katharina-Werks; der Kirchenratspräsident und Kirchenräte der Evangelisch-reformierten Kirche; Theologieprofessoren; Präsident, Vizepräsident und Vorstandsmitglieder der Israelitischen Gemeinde und der Vizepräsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG); National- und StänderätInnen und GrossrätInnen. Mehrere Regierungsräte boten auf verschiedenen Ebenen falls notwendig ihre Hilfe an. Presse, Radio und Fernsehen wurden auf die Friedensgasse-Moschee aufmerksam. Die grosse Publizität brachte der Moschee nicht nur den verbalen Goodwill vieler Nicht-Muslime ein. Am 13. Februar teilte die Crédit Suisse mit, dass ein gläubiger Muslim, saudischer Staatsbürger, seine Bank in Genf angewiesen habe, die Hypothek von 1,6 Mio. Franken zu übernehmen, um damit die Moschee vor der Versteigerung zu retten! In der Moschee gab es einen Freudentanz: Ein Wunder Gottes war geschehen!

Mit dieser Zufallsrettung durch die Übernahme der Hypothek ist das Überleben der Moschee vorerst gesichert. Es bleiben der Gemeinschaft jedoch noch verschiedene finanzielle Probleme zu lösen:

die Betriebskosten, der Bauunterhalt, der Lohn für den Hauswart (der bis jetzt nicht bezahlt werden konnte), die Anstellung eines Imam. Dazu kommen immaterielle Schwierigkeiten: die Spannungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten, die Integration in die Gesellschaft, Differenzen mit Nachbarn. Zur Lösung all dieser Probleme braucht es u. a. Kontakte zur Bank, zu den Stiftern in Saudi-Arabien, zur Regierung in Basel, zu den Unterzeichnern der Solidaritätsadresse – und demokratische Strukturen innerhalb der Moschee.

Probleme hinter den Finanzen

Die skizzierte Situation zeigt, dass die finanziellen Nöte nur ein Symptom sind für tiefer greifende Probleme:

- Für die anstehende Integration in die schweizerische Gesellschaft und eine echte Partnerschaft mit schweizerischen Institutionen, politischen und religiösen, muss die Verantwortung für die Moschee in die Hände von in Basel lebenden Musli-

men übergeben werden. Dafür braucht das Zentrum neue Strukturen, neue Verantwortliche und neue rechtliche Grundlagen. Der inzwischen gegründete Verein «Al Ahd» ist ein erster Schritt.

- Die Entscheidungsprozesse für das Leben innerhalb des Zentrums müssen konkretisiert und die Strukturen demokratisch erneuert werden. Die alten Hierarchien, mit Entscheidungsträgern in andern Ländern oder Kantonen, entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen einer Gemeinschaft, die durch schwierige Situationen vieler ihrer Mitglieder gefordert ist (Arbeitslosigkeit, ungeklärter Status innerhalb der schweizerischen Gesellschaft usw.).

Der Schock, den die Versteigerungandrohung ausgelöst hat, führte nicht nur zu einer inneren und äusseren Solidaritätswelle. Er brachte auch die Ungereimtheiten zwischen und die unterschiedlichen Interessen von verschiedenen kulturellen, sprachlichen, ethnischen Gruppen ans Licht sowie Konflikte zwischen der Stiftung und den Gläubigen in Basel.

*Die Gebetsbücher
im Gebetsraum
und die Uhr,
welche die Gebets-
zeiten ankündigt.*



Ein halbes Jahr nach der Rettung

Inzwischen hat die Stiftung den ehemaligen Vorstand ausgewechselt. Ihre Vertreter in Genf ernannten Repräsentanten der verschiedenen in der Moschee aktiven Nationalitäten als neue Vorstandsmitglieder: einen Libyer als Präsident, einen Ägypter, einen Syrer und einen Tunesier (die letztgenannten mit Schweizer Pass), einen Algerier und je einen Vertreter der Kurden und der Albaner. Ausser dem Präsidenten, einem Asylbewerber, der erst zwei Jahre in der Schweiz ist, und den Vertretern der Kurden und Albaner, haben die Ernannten wegen der ungeklärten Situation und der fehlenden Strukturen abgelehnt.

Deshalb ist der religiöse und als Mensch allseits geachtete Präsident, von der Stiftung zu wenig unterstützt, mit einigen Landsleuten allein gelassen. Es ist eine Art Pattsituation entstanden, die es fast unmöglich macht, ein fruchtbares Gemeindeleben zu führen.

Ein Blick in den Waschraum, in dem die Gläubigen die rituelle Reinigung vor dem Gebet vornehmen.



Notwendige Schritte in die Zukunft

Damit die Moschee in Zukunft auf einer gesunden Basis arbeiten kann, braucht es:

- eine Klärung der Strukturen und deren Abstimmung auf die schweizerische Situation;
- verbindliche Festlegung der Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortungen;
- ein gut durchdachtes, unter Berücksichtigung aller Nationalitäten erarbeitetes, breit verankertes Nutzungskonzept für die Räumlichkeiten. Dazu gehört die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Sicherheit von Gebäude und Menschen, für eine genügende Entlüftung etc.;
- ein mit allen Interessengruppen durchbesprochenes und von möglichst vielen Gläubigen mitgetragenes religiöses, kulturelles und soziales Programm.

Um den Stiftern ein neues, tragfähiges Konzept vorlegen zu können, sind Kontakte zur Stiftungsaufsicht in Bern ebenso notwendig wie zu den Behörden von Basel.